

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 100. Ratssitzung vom 24. Juni 2020

2660. 2020/102 Weisung vom 01.04.2020: Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2019

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2019 (Beilage, Entwurf vom 27. März 2020) wird genehmigt.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 01.04.2020
- Geschäftsbericht 2019
- Bericht und Antrag der GPK vom 15.06.2020

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent Änderungsantrag:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Eine Vorbemerkung zum Ablauf. Als ich vor vier Jahren das Gleiche gemacht hatte, präsentierte ich gleichzeitig mit der Weisung den Ablehnungsantrag. Das kam nicht so gut an, weshalb ich mich beim zweiten Mal verbessert habe und die Vorstellung der Weisung vom Ablehnungsantrag trennte und diesen vom Platz aus stellte. Damals hiess es, ich hätte jemand anders aus der Fraktion beauftragen sollen, den Ablehnungsantrag zu stellen. In der Zwischenzeit ist es so, dass mein Gspönli in der GPK dank des Wahlerfolgs von Grün-Links abhandengekommen ist und ich also doch beides zusammen machen muss. Ich schlug vor, die Vorstellung der Weisung der Vizepräsidentin zu überlassen, um die Trennung sicherzustellen. Die GPK wollte es aber anders. Darum werde ich nun die Weisung vorstellen – man ist der Ansicht, dass ich das in neutraler Form machen könne – und in einer zweiten Runde stelle ich den Ablehnungsantrag. Was Sie mit dem Geschäftsbericht des Stadtrats in den Händen halten, ist eigentlich – betrachtet man die Auflagenzahlen – eine Kostbarkeit. Es wurden nur noch 70 Exemplare gedruckt. 2014 waren es noch 205. Das kommt daher, dass sehr viele den Bericht nur noch digital lesen wollen. Ich möchte an dieser Stelle den Mitgliedern der GPK meinen Dank aussprechen für die grosse Arbeit, die sie in drei Lesungen mit vielen Rückfragen geleistet haben. Würden wir auf alle Rückfragen hier eingehen, könnten wir den Abend bis um 20.00 Uhr füllen. Diese grosse Arbeit findet in der Presse kein besonderes Echo, aber sie ist gleichwohl wichtig. Allein durch das Stellen der Rückfragen wird ein demokratisches Instrument genutzt, das zeigt, dass man die Arbeit des Stadtrats genau im Blick hat und entsprechend beaufsichtigt. Zusätzlich musste wegen des neuen Gemeindeggesetzes der Geschäftsbericht Ende Juni und somit früher als in anderen Jahren abgeschlossen werden. Ein wesentlicher Punkt des Geschäftsberichts – dies steht schon an dessen Anfang – ist die Behördeninitiative, die der*

Stadtrat beim Kanton einreichte. Dabei geht es darum, das Stimm- und Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene zu gewähren. Damit würden die Demokratie und der Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert. Weiter kann man im Bericht die strategischen Schwerpunkte ausmachen. Ich möchte diese nicht ausführlich ausbreiten, sondern ein paar davon herauspflücken. Da wäre die Wohnbaupolitik, zu der wir schon einige Volksabstimmungen durchgeführt hatten. Dann sollen mit dem Schwerpunkt Tagesschulen 2025 die Tagesschulen entwickelt werden. Es gibt auch einen Punkt «Sicherheit beim Velofahren», zu dem man an fünf Stellen Verbesserungen einführte. Im Stadthaus konzentriert findet sich sowohl das Präsidi- aldepartement als auch die Stadtkanzlei, die beide übergreifend ihre Pflichten für die Stadt wahrnehmen. Der Kern der Stadtverwaltung bildet die Stadtkanzlei, die in einem Brief an die Stimmberechtigten und Neuwählerinnen und Neuwähler erklärte, wie man korrekt abstimmt, damit sich die vielen ungültigen Stimmen nicht wiederholen. Das Ganze wurde mit einem Comic versehen. Ich habe dazu gefragt, ob dies nicht einen schlechten Eindruck hinterlassen haben könnte, hatten die gezeichneten Figuren doch einen farbigen Teint. Das Ergebnis war aber: Das hat niemand beanstandet; es gab keine Reaktionen. Das zeigt, dass man in diesem Punkt vielleicht ein wenig zu sensibel reagieren kann. Beim Präsidi- aldepartement kommen verschiedene Bereiche zum Zug: das Theater, die Musik, die Literatur, Tanz und Film. Grosse Beachtung findet das Theaterspektakel, zu dem gemäss Stadtrat 150 000 Besucher kamen. Dabei handelt es sich nicht nur um die zahlenden Gäste an den Vorstellungen, sondern um die geschätzte Personenzahl insgesamt auf dem Gelände. Auf die Frage, wie diese Zahl entstanden sei, hat man geantwortet, dass dieses Jahr nochmals genauer hingeschaut und der Wert errechnet wurde, indem man den Gastronomieumsatz durch einen geschätzten Durchschnittskonsum von 25 Franken pro Person teilte. Das ist doch mehr als ein blosses Finger-in-den-Wind-Halten. Vielleicht ist das der Grund, dass die Zahl dieses Jahr tiefer ausgefallen ist. Das Museum Rietberg, das sich grosser Beliebtheit erfreut, ist ein weiterer wesentlicher Teil im Präsidi- aldepartement, wie auch unspektakuläre Dinge wie das Bevölkerungsamt oder das Stadtarchiv. Das Gleichstellungsbüro, der Projektstab der Stadtpräsidentin und die Stadtentwicklung sind auch dort konzentriert. Ebenfalls übergreifend tätig ist das Finanzdepartement, das über den Human-Resources-Bereich die ganze Stadt abdeckt. Der Wohnbau ist dort ebenfalls stark verankert und beschäftigt das Finanzdepartement mit Fragen wie etwa, was mit dem Koch-Areal geschehen soll. Das Büro für Wohnbauförderung ist ebenfalls dort angesiedelt. Dies betrifft vor allem die gemeinnützigen Wohnbau- träger: die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, aber auch die Stiftung «Ein- fach Wohnen», die ebenfalls auf eine Volksabstimmung zurückgeht. Es ist nicht leicht, dort den Weg zu finden, da sehr viel Geld zur Verfügung steht und es schwierig ist, dies richtig anzulegen. Auf dem Guggach-Areal hat man neue Möglichkeiten gefunden. Klar ist: Die Konkurrenz auf diesem Markt könnte dazu führen, dass die Tätigkeiten der Stadt zu Preissteigerungen führen. Es handelt sich also um eine Gratwanderung. Das OIZ ist ebenfalls im Finanzdepartement beheimatet und arbeitet ebenso für die ganze Stadt wie das Steueramt und die Liegenschaften Stadt Zürich. Im Sicherheitsdeparte- ment war einer der Schwerpunkte die Sicherheit der Velofahrenden. Beim Gleichstel- lungsplan hat man festgestellt, dass das Fördern von Frauen in Kaderpositionen schwie- rig ist, weil sich nur wenige qualifizierte Frauen finden lassen – der gute Wille ist auf je- den Fall vorhanden. Was sonst noch zum Departement gehört: die Stadtpolizei, Schutz

& Rettung und die Dienstabteilung Verkehr, die einen Pilotversuch mit Tempo 30 bei Nacht durchführte. Eine Umfrage ergab positive Rückmeldungen. Natürlich gehört auch das Stadtrichteramt zum Sicherheitsdepartement. Zum Gesundheits- und Umweltdepartement: Der Schwerpunkt lag beim Thema Klima mit der Frage, wie man die 2000-Watt-Gesellschaft umsetzen kann. Es bestehen grosse Baustellen wie etwa die Fusion der Spitäler Triemli und Waid. Man hatte die Altersmedizin im Waidspital im Auge – eine alte Tradition, die auf Professor Grob zurückgeht. Für die älteren Menschen in der Stadt liegen die Pflegezentren, Alterszentren und die Stiftung für Alterswohnungen im Zentrum. Und dann gibt es natürlich, wie der Name schon sagt, den ganzen Umwelt- und Gesundheitsschutz. Da stand die 2000-Watt-Gesellschaft im Zentrum und dass die Treibhausgas-Emissionen auf Netto-Null gesenkt werden sollen. Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gibt es mit Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) eine sehr grosse Dienstabteilung. Die PUK untersucht gerade, was dort geschehen ist. Ich will nicht auf die Details eingehen, aber es ist so, dass zurzeit aufgrund der Geschehnisse ein Kulturwandel stattfindet. Unspektakuläre Abteilungen wie Geomatik + Vermessung gehören zum Tiefbaudepartement wie auch Grün Stadt Zürich mit den Friedhöfen, Tieren und der Landwirtschaft. Das Tiefbauamt als solches befasst sich auch mit Strassenparkplätzen, wobei es u. a. zur Bedürfniserfassung eine Umfrage in der Bevölkerung durchführte. Im Hochbaudepartement gibt es das Amt für Städtebau. Dieses hat – das ist ein interessantes Detail – ein Grab einer keltischen Frau gefunden, das viele Hinweise darüber offenbart, wie das Leben in Zürich zu dieser Zeit war. Das Amt für Hochbauten bemüht sich, die 2000-Watt-Gesellschaft im Zusammenhang mit Neubauten und Instandsetzungen umzusetzen. Zum Hochbaudepartement gehören auch die Immobilien Stadt Zürich und das Amt für Baubewilligungen. Bei den Industriellen Betrieben arbeitet ein Energiebeauftragter, der sich ebenfalls darum kümmert, wie die 2000-Watt-Gesellschaft umgesetzt wird. Unspektakuläre und unproblematische Bereiche gehören zum Departement der Industriellen Betriebe wie z. B. die Wasserversorgung. Beim Elektrizitätswerk sind die vielen Windanlagen, die man angeschlossen hat, ein Thema. Es handelt sich um 113 Windturbinen in 18 Windparks – etwa in Borkum, einer norddeutschen Insel in der Nordsee, und in Norwegen. Mit diesen kann man 30 Prozent des Bedarfs der Stadt Zürich decken. 2016 wurde aufgrund einer Abstimmung beschlossen, dass der Bezug von Kernenergie nur noch bis 2034 möglich sein soll. Die Umsetzung ist etwas, was dem Departement obliegt. Auch in der Schweiz müssen Kompensationen geschaffen werden – dazu gehören die Windparks Mollendruz und Provence, die beide im Jura liegen. Über die VBZ wurde viel geredet; darauf will ich nicht näher eingehen. Es ist klar, dass die VBZ ein sehr technischer Betrieb ist, der vielen Herausforderungen ausgesetzt ist, die er auch umsetzt. Im Sozialdepartement fließt am meisten Geld durch. Dies wegen der Sozialhilfe, die dort geleistet wird. Von der Personalstruktur her ist es kein besonders grosses Departement. Das Sozialdepartement umfasst viele Zentren: das Laufbahnzentrum, das Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV, die Sozialen Dienste und die Sozialen Einrichtungen und Betriebe. Auch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und die Sozialbehörden gehören dazu. Dem Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats kann wegen seiner formalen und somit unproblematischen Natur zugestimmt werden.

Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung:

Christine Seidler (SP): Die zahlreichen Fragen unsererseits stellten eine Ausnahmesituation dar. Die Verwaltung hat die Fragen ausführlich und zu unserer Zufriedenheit beantwortet – auch wenn wir manchmal ein zweites Mal nachfragen mussten. Diese Leistung ist besonders in Coronazeiten keine Selbstverständlichkeit und darum vonseiten der GPK ein herzliches Dankeschön dafür. Der Geschäftsbericht ist sehr gehaltvoll. Wir haben im Vorfeld mit der Stadtschreiberin und der Verwaltung darüber gesprochen, ob er dünner ausfallen sollte, indem man ihn entschlackt. Ich fände dies bedauerlich, denn der Geschäftsbericht ist nicht bloss ein obligatorischer Rechenschaftsbericht, sondern ist gehaltvoll in Sachen Ziele, Strategien, Ausgangslagen und aktuellen Herausforderungen der Stadt. Er bildet auch eine gute Grundlage für die politische Arbeit und gibt Auskunft darüber, welche Bewegungen in der Stadt passieren, was der Stadtrat unternimmt und was man davon negativ bewerten möchte. Dies ist eine gute Ausgangslage für unsere politische Arbeit – je nachdem, welche Haltung wir haben. Die Prognosen im Geschäftsbericht stimmen insbesondere im finanzstrategischen Teil nicht mehr, aber das konnte der Stadtrat nicht wissen: Der Geschäftsbericht wurde im November letzten Jahres verfasst. Auch wenn ein Teil davon nicht mehr stimmt, beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission nicht nur, dem Bericht zuzustimmen, sondern legt ihn Ihnen als interessante Lektüre ans Herz. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen Zustimmung.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Bericht klingt sehr gut und man müsste ihm eigentlich zustimmen, aber er ist ein Schönwetterbericht. Hier muss man durchgreifen und die ganze Arbeit des Stadtrats beurteilen. Ich will das abgrenzen von anderen Berichten, die eigentliche Staatspropaganda darstellen – wie etwa in China. Hier ist das definitiv nicht der Fall. In diesem Bericht wird nicht gelogen, sondern ein wenig schön informiert. Es gab Rückfragen in allen Departementen und so hoffe ich, dass andere GPK-Mitglieder ebenfalls noch das Wort ergreifen werden. Ich möchte nur einige Pièces de Résistance herausgreifen. Das Positive voraus: Ohne die Stadtkanzlei liefe nichts, sie hält die Stadtverwaltung zusammen. Das Schul- und Sportdepartement ist ein scheinbar nebensächliches Departement, dort steckt aber viel Potenzial und Substanz. Im Departement der Industriellen Betriebe wird sehr viel geleistet – wenn man dort die 2000-Watt-Gesellschaft umsetzen muss, geschieht dies aufgrund von Vorgaben von aussen. Über das Theaterspektakel habe ich bereits das Präsidialdepartement angesprochen. Man hat über die Gastronomieumsätze die Besucherzahlen eruiert. Ich würde aber aus persönlicher Erfahrung sagen, dass sicher mehr als die genannten 150 000 Besucher anwesend waren – nicht alle verpflegen sich in den angrenzenden Gaststätten. Das liegt zum einen an den relativ hohen Preisen und zum anderen, dass die Küchen nach den Vorstellungen bereits geschlossen sind. Dort besteht noch einiges an Verbesserungspotenzial, wenngleich das Spektakel auch ohne die Verbesserungen attraktiv ist. Im Finanzdepartement müssen mit der Stiftung «Einfach Wohnen» die Forderungen der Volksinitiative umgesetzt werden. Das Volk hat dieser Initiative zwar zugestimmt, aber betrachtet man die Aufgabe der Realisierung, wird es schwierig bei der Frage, wo man das viele Geld parkieren soll. Im Sicherheitsdepartement wollte man sich der Sicherheit

der Velofahrer widmen. Wenn man Zeitung liest, muss man aber feststellen, dass es im Jahr 2019 erheblich mehr Unfälle mit Velos gab als in früheren Jahren. Und das waren offenbar mehrheitlich keine Kollisionen mit Autos, sondern Selbstunfälle. Das wirft ein düsteres Licht auf das Departement. Hätte man in diesem Bereich nicht mehr tun können? Im Gesundheits- und Umweltdepartement lagen die Schwerpunkte bei der 2000-Watt-Gesellschaft und dem Netto-Null-Ziel. Da muss man sich fragen, ob das alles sinnvoll ist – auch wenn diese Schwerpunktthemen auf einer Volksabstimmung beruhen. Spital und Pflege sind sicherlich grosse Herausforderungen, aber man muss sich fragen, ob man nicht am falschen Ort sparte – etwa, wenn das Pflegepersonal durch Minimalismus auffällt. Da hat man wohl zu tiefe Löhne durchgesetzt. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement möchte bei Neubauten Parkplätze der Blauen Zone abbauen. Das ist ein typischer Parkplatzabbau, dem man überhaupt nicht zustimmen kann. Umfragen ergeben zwar, dass die Bevölkerung damit zufrieden ist, aber da muss man sich umgekehrt fragen: Wie wurde gefragt? War die Fragestellung suggestiv und die Rückmeldung somit bloss Selbstbeweihräucherung? Ein anderes Projekt war die Entflechtung der Wehntalerstrasse. Wenn man dort durchfährt, verliert man in diesem Slalom leicht die Orientierung. Das hätte man anders und besser machen können. Bei den Friedhöfen frage ich: Warum liess man diese offen? Das führte dazu, dass Rehe auf den Friedhof kamen. Dies gab Beschwerden. Was hat man getan? Man hat diese Rehe einfach abgeschossen. Mir wurde zugetragen, dass dies auf Facebook einen Shitstorm ausgelöst hat. Basel ging anders damit um: Die Abschussgeschichte wurde vertagt oder ganz sistiert. Das Vorgehen der Stadt Zürich ist nicht der beste Beitrag zum Image der Stadt. Das Departement der Industriellen Betriebe beschäftigt sich mit der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft und damit auch mit der Umsetzung der Begrenzung der Kernenergie bis 2034. Auch da muss man sich fragen: Es gab zwar eine Volksabstimmung, aber betrachtet man das genauer, stellt man fest, dass das nicht ganz so einfach ist. Gegen die Windparks Mollendruz und Provence gibt es Opposition. Ich hoffe, man verschandelt den Creux du Van nicht. Besser ist das in Borkum oder in Norwegen gelöst. Nun komme ich zur Behördeninitiative, die man an den Kanton weitergeleitet hat, um den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene zu geben. Da muss man sich fragen: Ist es geschickt, langfristige Strukturentscheide einem Bevölkerungsteil zu übertragen, der mit einer gewissen, berechtigten Fluktuation auffällt? Dies könnte fatale Folgen haben, denn solche Abstimmungsfragen sind immer auch von der Wahlbeteiligung abhängig. Bei Wahlen und Abstimmungen kann es sein, dass man suggestive Informationen transportiert, die Missverständnisse provozieren – vor allem dann, wenn diese Informationen mit mangelnden Sprachkenntnissen kombiniert werden. Es geht schliesslich nicht um eingebürgerte Ausländer, sondern um Ausländer, die weder das Schweizer Bürgerrecht haben, noch einen Sprachtest über sich ergehen lassen mussten. Über die 2000-Watt-Gesellschaft sagt die Stadt immer wieder, dass sie zwar nicht so viel nütze, aber man als gutes Beispiel vorangehen wolle, in der Hoffnung einen Spill-Over-Effekt erzeugen zu können. Ich finde das problematisch. Es ist gefährlich, wenn man die eigene Wettbewerbsfähigkeit mit solchen Beispielen schwächt. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, wo man damit enden kann. Es wurde international davor gewarnt, Schlüsselindustrien zu schwächen, die dann von ausländischen Mächten übernommen werden könnten. Was Sie in Deutschland mit Lufthansa erleben, ist ein klassisches Beispiel, bei dem sich eine Mehrheit der Aktionäre an einer ausserordentlichen

Generalversammlung um ein Problem schert und es droht eine Katastrophe, weil ein Grossaktionär – möglicherweise im Gefolge anderer Mächte – sich verantwortungslos verhält. Man darf seine eigene Position nicht schwächen. Darum ist der Bericht des Stadtrats abzulehnen. Ich komme in einem weiteren Statement nochmals darauf zurück.

Weitere Wortmeldungen:

Maleica Landolt (GLP): *Als Referentin des Sicherheitsdepartements und weil es mir besonders positiv aufgefallen ist, möchte ich etwas aus dem Bericht des Sicherheitsdepartements hervorheben. Es geht um den Jahresschwerpunkt Gleichstellungsplan. Wir werden anschliessend noch unter TOP 14 über eine Weisung beraten, bei der es ebenfalls um diesen Gleichstellungsplan 2019–2022 geht. Das zu erreichende Ziel ist eine angemessene Vertretung beider Geschlechter – auch im Sicherheitsdepartement. Das ist in diesem primär mit Männern besetzten Departement sicherlich schwierig, vor allem in den Arbeitsbereichen, in denen man draussen oder in Schichten arbeiten muss. Es ist also eine anspruchsvolle Zielsetzung. Im Geschäftsbericht 2018 setzte das Sicherheitsdepartement einen Schwerpunkt auf Teilzeitarbeit. Dort erklärten sie, es sei das erklärte Ziel, Teilzeitarbeit auf Wunsch umzusetzen, sofern es die Stelle in der entsprechenden Funktion betrieblich zulässt. In diesem Zusammenhang interessiert, was das Sicherheitsdepartement neben der Teilzeitarbeit plant, damit die Attraktivität für Frauen steigt, um etwa nach einer Mutterschaft zurückzukehren und dass sich auch Männer und Frauen für Führungsaufgaben bewerben, während sie zu Hause eine Betreuungsaufgabe innehaben. Erstens: Weil der Departementsvorsteherin die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist, hat sie dies ganz klar in ihrem Departement kommuniziert. Es wurde aber nicht nur kommuniziert, sondern es wurden auch Massnahmen zur Umsetzung getroffen. Im Intranet werden Informationen gegeben zu Möglichkeiten der Kinderbetreuung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Anlaufstelle benötigen, die ihnen Vermittlung und Beratung bietet, auch wenn sie in Schichtarbeit arbeiten und darum eine Betreuung benötigen, die nicht bloss zu den ordentlichen Zeiten vorhanden ist. Weiter ist geplant: Sobald es die Zustände erlauben, wird ein Workshop durchgeführt mit all jenen, die in Schicht arbeiten, um zu sehen, was die realen Bedürfnisse sind von Mitarbeitenden, die einen Betreuungsplatz ausserhalb der ordentlichen Bürozeiten brauchen. Aktuell prüft das Sicherheits- mit dem Sozialdepartement, ob sie in einer Betreuungseinrichtung mit 24-Stunden-Betrieb die nötigen Stellen sichern können. Der Standort ist dabei von Bedeutung, da ansonsten die Wegzeit zum Hindernis wird. Ebenfalls, und das finde ich ganz spannend, überprüfen sie, ob im Amtshaus II oder I ein Still- und Ruheraum eingerichtet werden kann. Man sieht also: Es wird nicht nur geredet, kommuniziert und der Gleichstellungsplan zur Kenntnis genommen, sondern es werden Massnahmen getroffen und umgesetzt. Es bleibt spannend, was im Sicherheitsdepartement noch an Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen werden wird und wie der Frauenanteil längerfristig steigt. Uns ist dies wichtig und darum unterstützen wir das.*

Natalie Eberle (AL): *Der Jahresbericht ist umfassend und interessant. Ich möchte nur kurz auf einzelne Punkte eingehen. Es ist schön, zu sehen, dass in drei Departementen die Sicherheit der Velofahrenden im Fokus steht. Auch wenn ich nicht sicher bin, ob die*

Grossmutter-Kampagne reicht gegen die grossen Räder der Lastwagen, die im letzten Jahr leider das Leben von fünf Menschen gekostet haben. Auch die grossen Geländewagen gehören nicht in ein Sicherheitssystem und behindern das Velofahren in unserer Stadt. Wir sind deshalb gespannt, wie der Masterplan Velo, der im Herbst präsentiert wird, die Sicherheit verbessern soll. Wir freuen uns auch auf die Analyse, die bezüglich der Velorouten in dieser Stadt gemacht wird und auf den kommenden Masterplan, damit wir sicher von A nach B kommen. Wir hoffen, dass die fünf neu geschaffenen Stellen dies richtig und bald umsetzen können. Es hat mich weiter sehr gefreut, dass wir ab Sommer – beziehungsweise später, da es wegen Corona eine Verschiebung gibt – eine Mobilitätsplattform erhalten werden, bei der es darum geht, dass wir als mobile Zürcherinnen und Zürcher Dienstleistungen mit nur einer App auswählen können. Car- und Bike-Sharing-Systeme und Taxianbieter aus dem Raum Zürich: Alles auf einer Plattform. Ich hoffe, dass man auf dieser Plattform ein Billett erhältlich sein wird, mit dem man Zugang zu all den mobilen Möglichkeiten erhält. Ob das PubliBike dabei eine Rolle spielen wird, überlasse ich dem Departement der Industriellen Betriebe und dem Sozialdepartement, denn im Bericht gingen ihre Analysen weit auseinander. Nun zum Gesundheits- und Umweltdepartement: Die Covid-Krise hat mit Sicherheit gezeigt, dass es im Gesundheitsbereich gut ausgebildetes Personal braucht und die Infrastruktur funktionieren muss. Vor diesem Hintergrund mit Stolz zu verkünden, man habe in den Spitälern Waid und Triemli über Stellenabbau Einsparungen erzielen können, hinterlässt einen faden Nachgeschmack. Es darf nicht sein, dass wir weiter eine Strategie auf dem Buckel des Personals und des Gesundheitswesens fahren. Es ist Zeit, dort einen Wechsel einzuleiten. Gesundheit darf uns etwas kosten und das Personal darf anständig bezahlt werden, um diese Aufgaben zu übernehmen. Weiter zum Schul- und Sportdepartement: Das neue Projekt Betreuung Freizeit «BeFrei» würde uns mehr interessieren als bloss eine kleine Viertelseite. Immerhin geht es dabei um den Lebensraum Tagesschule 2025, um in den Zeiten ausserhalb des Schulunterrichts – von 15.30 bis 18 Uhr – ein pädagogisches Freizeitkonzept aufzubauen. Dieses soll zum einen tragbar, sprich finanzierbar, sein für Familien und zum anderen soll professionelles Personal vorhanden sein, um es umzusetzen. Wir werden ein Auge darauf haben, wie das Projekt im Departement angegangen wird. Weiter wäre es schön gewesen zu lesen, wie es mit dem Antrag zur City Card weitergeht. Leider ist im ganzen Bericht keine Zeile darüber zu lesen. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für den regen Austausch, den wir in der GPK mit den Stadträtinnen und Stadträten immer wieder haben können, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind. Dieser Austausch ist wichtig für unsere Demokratie. Natürlich beantragen wir die Annahme.

Martina Zürcher (FDP): Was dem Stadtrat wichtig ist und was nicht, spiegelt sich auch im Vorwort der Präsidentin zum Geschäftsbericht wider. Das Vorwort umfasst 399 Wörter, die sich auf folgende Themen aufteilen: 108 Wörter, also ungefähr 27 Prozent, machen Klima- und Frauenstreik aus, etwa 22 Prozent das Ausländerstimmrecht, mit etwa 19 Prozent kommt dann das Wachstum der Stadt Zürich, je 12 Prozent sind Themen, die über die Stadtgrenze hinausgehen und die Bevölkerungsbefragung, 8 Prozent des Vorworts machen die Abstimmungen aus. Man kann einerseits die Gewichtung hinterfragen, andererseits Themen erwähnen, die nicht vorkommen. Ich starte mit der Ge-

wichtung: Zum Ausländerstimmrecht steht im Vorwort, dass es bei der grössten Altersgruppe, bei den 30- bis 39-jährigen, fast 50 Prozent seien, die nicht mitentscheiden könnten. Dass aber gemäss Statistik Stadt Zürich die Hälfte der 30- bis 39-jährigen weniger als drei Jahre in Zürich bleibt, wird genauso wenig erwähnt, wie – elf Seiten weiter hinten im gleichen Geschäftsbericht zeigen es die Kennzahlen – der Umstand, dass die durchschnittliche Stimmbeteiligung in den letzten fünf Jahren eingebrochen ist und 2019 bei gerade einmal 37,8 Prozent lag. Für die Stärkung der Demokratie in der Stadt Zürich ist nicht unbedingt ein Ausländerstimmrecht wichtig, sondern eine Erhöhung der Stimmbeteiligung jener, die dürfen und eine Einbürgerung jener, die die Bedingungen erfüllen. Das Thema Klima ist nicht nur im allgemeinen Vorwort präsent, sondern auch bei den direkt betroffenen Departementen Tiefbau, Industrielle Betriebe und Gesundheit und Umwelt. Diese nehmen das Thema in ihren Vorworten auf. Das ist klar, aber zum Beispiel im Vorwort des Sicherheitsdepartements wirkt das Klimathema doch eher speziell, insbesondere wenn man die stadträtliche Anwesenheit während der Klimadebatte des Gemeinderats 2019 in Erinnerung hat. Immerhin steht im Abschnitt des Sicherheitsdepartements auch, dass sich die Einsatzstunden für politische Demonstrationen und Kundgebungen 2019 mit über 28 000 Stunden gegenüber den Vorjahren vereineinhalbfacht haben. Auf die Frage, weshalb abgesehen vom Frauen- und von den Klimastreiks keine Demonstrationen, Besetzungen und so weiter auf den fast 400 Seiten des Geschäftsbericht 2019 erwähnt sind, kam als Antwort: «Der Geschäftsbericht ist nicht der geeignete Rahmen, um einzelne Einsätze, Anlässe oder Hausbesetzungen aufzulisten oder darauf einzugehen. Die Auswahl solch einzelner Ereignisse müsste die Ansprüche verschiedener Interessensgruppierungen abbilden, um als ausgewogen wahrgenommen zu werden.» Womit ich den Kreis der Hinterfragung der Themengewichtung und -auswahl geschlossen habe.

Michael Schmid (FDP): Mein Votum ist im ersten Teil eine Replik auf das Votum von Natalie Eberle (AL). Zuerst zur City Card: Sie wird nicht stattfinden, weil sie auf vielen Ebenen gegen übergeordnetes Recht verstösst. Da kann man noch so viele Gutachten in Auftrag geben. Natalie Eberle (AL) beschwört Geister in den Stadtspitälern bezüglich der Stellen, die abgebaut werden konnten und nicht mehr neu besetzt wurden im vergangenen Jahr. Das hat mit der Betreuung der Patientinnen und Patienten absolut nichts zu tun. Es ist einfach so, dass diese Apparate in beiden Spitälern nicht mehr effizient waren, nur darum landeten wir überhaupt erst in dieser ganz schwierigen Situation mit den beiden Stadtspitälern. Gott sei Dank arbeitet jetzt eine Leitung, die sich der Situation annimmt und die den Stadtspitälern Triemli und Waid eine Zukunft im Interesse der Mitarbeitenden und der Patientinnen und Patienten gibt. Dazu spricht der Geschäftsbericht einen bemerkenswerten Punkt an, zu dem wir Rückfragen stellten und der die Diskussion von vergangener Woche aufnimmt. Links sang ein Hohelied auf die demokratische Führung der Stadtspitäler. Fragt man aber, worauf die Angebotsstrategie basiert, nach der die entscheidenden Weichenstellungen gemacht wurden, erhält man zwei Power-Point-Präsentationen vom Direktor. Darum handelt es sich letztlich: Entscheidungen des Direktors und seiner Geschäftsleitung, die die Angebotsstrategie und die Zukunft der Stadtspitäler ausgestaltet. Es wurde nachgeschoben, dass das Auswahlgremium des Stadtrats dies zur Kenntnis genommen hatte. Man muss ehrlich sein: Die Strukturen als Dienstabteilungen sind überholt und es ist höchste Zeit, dass man

Strukturen schafft, die die strategische Leitung der Stadtspitäler zukunftsfähig machen. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu den Klimastellen im Gesundheits- und Umweltdepartement, die mit Genehmigung der Ratsmehrheit mit dem letzten und vorletzten Budget aufgebaut wurden. Projektleiter Energieberater, Projektleiter Energiestrategie, Projektleiter Energieverbund – alles wird im Gesundheits- und Umweltdepartement neu aufgebaut. Auf die Rückfrage, wie man da Doppelspurigkeiten und Reibungsverluste innerhalb der Stadtverwaltung vermeidet, kam die Antwort: «Die regelmässige Abstimmung mit dem Team der Energiebeauftragten und den weiteren Akteuren wie ERZ-Fernwärme, Elektrizitätswerk oder Energie 360° stellt sicher, dass es nicht zu Doppelspurigkeiten oder Kompetenzkonflikten kommt.» Diese Sätze in Gottes Ohr, aber unser Vertrauen wurde dadurch nicht geweckt. Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht trotzdem genehmigen, weil sich aus unserer Sicht die Stadtratsmehrheit so präsentiert, wie sie momentan ist. Die Mehrheiten im Stadtrat sind ein Thema für Wahlen und nicht für das Dispositiv zur Beschlussfassung im Geschäftsbericht.

Christine Seidler (SP): *Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), du sagtest, es sei ein Schönwetterbericht und dies sei der Hauptgrund, warum ihr ihn ablehnt. Wir von der GPK haben dies bereits vor zwei oder drei Jahren als konstruktive Kritik an die Stadtschreiberin, die Stadtkanzlei und den Gesamtstadtrat moniert. Ich finde, sie haben sich sehr engagiert und es handelt sich bei Weitem nicht um einen Schönwetterbericht. Er ist reflektiert, manchmal kritisch, die Herausforderungen und Schwierigkeiten sind durchaus enthalten – etwa die Digitalisierung. Es gibt ab und an ein Departement, von dem man sich etwas mehr kritische Reflektion wünscht, aber der Bericht ist auf gutem Weg und kritischer als in anderen Jahren.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Natürlich ist der Geschäftsbericht positiv gefärbt und in diesem Sinne ein Schönwetterbericht, weil die Gewichtung des Kritischen gegenüber dem Wohlwollenden nicht so ausgewogen ist, wie wir finden, sie müsste es sein. Es geht aber nicht nur um den Bericht des Stadtrats als solchen, sondern man muss auch auf die Arbeit des Stadtrats durchgreifen und diese ebenfalls beurteilen. Bei allem Respekt für die Demokratie habe ich darauf hingewiesen, dass es im Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft leider zu Verzerrungen kommen kann – sei es durch Zufallswahlbeteiligungen oder mangelnde Informationen, die sich fatal auswirken können. Mich befremdet, dass der Stadtrat mit Verbissenheit die 2000-Watt-Gesellschaft in allen Bereichen unterstützt. Wir wissen, dass es auch Volksinitiativen gibt, die nicht umgesetzt werden. In Kenntnis der Tatsachen müsste man auch hier etwas kritischer sein gegenüber dem Dogma 2000-Watt-Gesellschaft. Es heisst immer wieder, die Stadt müsse ein gutes Beispiel abgeben, auch wenn es gegenüber der Welt nichts nütze, um einen Spill-Over-Effekt zu erreichen. Ich bin der Meinung, man müsste einen gegenteiligen Spill-Over-Effekt anstreben und verstärkt auf die Eigenständigkeit setzen. Wo ist die Stadt, die sagt: «Wir wollen unabhängig sein.»? Zum Beispiel in Bezug auf die Medikamentenpreise, wo man anstreben könnte, nichts mehr aus anderen Regionen einzukaufen, damit man nicht in eine Abhängigkeit gerät. Da sehe ich eine wesentlich grössere Gefahr als beim ganzen Klima. Ulrike Holzgrabe, Professorin an der Universität Würzburg, gab ein bemerkenswertes Statement ab im Zusammenhang mit der Abhängigkeit von chinesischer Medikamentenproduktion. Sie sagte: «Die Chinesen brauchen gar*

10 / 11

keine Atombomben, denn sie können einfach die Antibiotika sperren und Europa erledigt sich von selbst.» Meine Damen und Herren, das sind die wahren Gefahren und nicht das Klima. Mir geht es um die Unabhängigkeit der Schweiz und Zürichs von der Welt. Da müsste der Stadtrat wesentlich mehr leisten als immer das Dogma 2000-Watt-Gesellschaft herunterzubeten.

Natalie Eberle (AL): Michael Schmid (FDP), es ist eine Realität, dass in den Pflegeberufen eine grosse Fluktuation herrscht. Die Leute bleiben – wenn man Glück hat – maximal fünf Jahre. Aus meinen Erfahrungen stimmt etwas strukturell nicht, wenn man zu wenig Zeit hat, um seinen Job richtig auszuführen. Wenn die Geschäftsleitung etwas durchführen möchte, wird sie das nicht ohne Stadtrat machen können. Wenn das Ziel dieser Spitalstrategie die Auslagerung des Spitals ist, dann kann man anhand von Beispielen anderer Spitäler sehen, wie schwierig das sein kann. Etwa beim Unispital: Wenn es Probleme bei der Besetzung von gewissen Chefarzt- oder Chefärztinnenposten gibt, will am Schluss niemand mehr die Verantwortung übernehmen. Man schiebt den Ball von der Geschäftsleitung zum Spitalrat und vom Spitalrat in die Regierung. Das ist auch nicht das Gelbe vom Ei. Es muss ein Umdenken stattfinden, damit das Personal richtig und gut bezahlt und ausgebildet wird – für die Patientinnen und Patienten.

Änderungsantrag

Die GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2019 (Beilage, Entwurf vom 27. März 2020) wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP), Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Maleica Landolt (GLP), Zilla Roose (SP), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Marcel Tobler (SP)

Abwesend: Simon Kälin-Werth (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit offensichtlichem Mehr zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP), Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Maleica Landolt (GLP), Zilla Roose (SP), Michael Schmid (FDP), Marcel Tobler (SP)

Minderheit: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Abwesend: Simon Kälin-Werth (Grüne)

11 / 11

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2019 (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juli 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat